



www.die-linke-pankow.de

extraDrei



**Die Linke
hilft!**

Gegen Gier und Sorge, für unser gutes Recht. Die Linke hilft!

Viele kennen es: Das mulmige Gefühl, wenn Post vom Vermieter im Briefkasten ist. Was erwartet mich dieses Mal? Eine Mieterhöhung, eine Nachzahlung, eine Eigenbedarfsklage?

Der Druck auf Berlins Mieter*innen steigt. Eine überzogene Zahlungsaufforderung im Briefkasten stürzt Menschen in existenzielle Sorgen. Dabei sind längst nicht alle Forderungen rechters, aber viele Menschen fühlen sich allein, haben Angst die Wohnung zu verlieren und wollen sich nicht mit ihrem Vermieter anlegen. Sie unterschreiben dann vielleicht vorschnell, obwohl ein einfacher Widerspruch ihnen viel Geld und Sorgen erspart hätte. Doch wenn man es nicht besser weiß und guter Rat teuer ist?

Teuer? Nein! Es gibt jeden Donnerstag eine kostenfreie Rechtsberatung in der Linken Spitze, Wisbyer Str. 37. Seit vielen Jahren kommen Ratsuchende mit

ihren Sorgen. Viele gehen dankbar und erleichtert. Wir konnten schon vielen Menschen helfen bei falschen Betriebskostenabrechnungen, überzogenen Modernisierungsumlagen oder Ärger mit dem Jobcenter.

Uns motiviert vor allem für Gerechtigkeit zu sorgen. Offizielle Schreiben sind oft schwer zu lesen. Es kann zu Fehlern mit großen Auswirkungen kommen. Es ist keine Schande sich dann Hilfe zu holen. Immer wieder finden wir Fehler und Forderungen erweisen sich als falsch oder überzogen.

Für eine Prüfung müssen die Menschen nicht unbedingt in die Rechtsberatung kommen. Mit dem Heizkosten-Check und der Mietwucher-App der Linken können alle zu Hause prüfen, ob sie zu viel zahlen. Als Partei denken wir ganzheitlich und bieten nicht nur rechtliche Hilfe im Einzelfall an. Wir fordern einen Mieten-

deckel bei kommunalen Wohnungen, die längst fällige Enteignung großer Immobilienkonzerne und konsequentes Vorgehen gegen Mietwucher.

Das zeigt bereits jetzt Wirkung. Die Bezirke mussten neue Stellen schaffen, um die Verfolgung der Anzeigen aus unserer Mietwucher-App endlich umzusetzen. Zusammengerechnet ist hier ein Potential von 240 Mio. Euro weniger Miete pro Jahr entstanden. Wahnsinn! Zusätzlich haben wir ein Sicher-Wohnen-Gesetz mit vielen Einzelmaßnahmen vorgelegt.

Am 28.2.2026 ist Heizkostenaktionstag in Pankow. Wir sind unterwegs und informieren die Mieter*innen über ihre Rechte. All das ist sicher nur der Anfang, denn künftig soll gelten: Sicher Wohnen statt Mietabzocke!

Die Linke hilft!

Christian Zebisch,
Bezirksvorstand Die Linke Pankow

Sozialstaat unter Druck

Charly Roffalski von der BAG „Die Linke Hilft“ zeigt Alternativen auf.

Seite 2

Rote Rathäuser

Die Bezirksvorsitzende Enja Springob schaut aufs Wahljahr und den neuen Bezirksvorstand.

Seite 3

Katastrophenschutz nur sozial

Niklas Schrader zieht Konsequenzen aus den Anschlägen auf die Berliner Stromversorgung.

Seite 3

Gemeinsam für Pankow: Unsere BVV-Liste steht!

Die Linke Pankow startet entschlossen ins Wahljahr 2026, mit neuer Energie und einer starken Liste für die Bezirksverordnetenversammlung. Denn Politik entscheidet sich nicht nur im Bundestag, sondern hier vor Ort: in unseren Kiezen und im Alltag der Menschen.

Gerade in Zeiten von Kürzungen, Mietwucher und wachsendem rechten Druck braucht Pankow eine klare linke Stimme in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Für die BVV-Wahl 2026 haben wir deshalb eine vielfältige und kämpferische Liste aufgestellt – mit erfahrenen Kommunalpolitiker*innen und engagierten neuen Kandidierenden, die für soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus und Solidarität eintreten.

Angeführt wird unsere BVV-Liste von Jaana Stiller, Frederik Bordfeld und Marianne Wenzel. Sie stehen für eine künftige Fraktion, die im Bezirk verankert, fachlich breit aufgestellt und bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Ergänzt wird dieses Angebot durch Jonas Teune, der für das Amt des Bezirksbürgermeisters kandidiert, mit Verwaltungskompetenz, klarer Haltung und dem Anspruch, Pankow solidarischer zu gestalten.

Wir gehen geschlossen in die kommenden Monate und sind bereit für einen sichtbaren Wahlkampf im ganzen Bezirk: an Haustüren, in Mieter*innenversammlungen und auf der Straße. Gemeinsam machen wir Pankow solidarischer und Die Linke zur starken Stimme im Bezirk.

Jonas Teune,
Bezirksvorsitzender

Philipp Bertram wieder im Abgeordnetenhaus

An der Linken Spitze in der Wisbyer Straße gibt es ein neues Türschild: Wahlkreisbüro Philipp Bertram. Philipp Bertram ist seit Oktober 2025 erneut Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin.

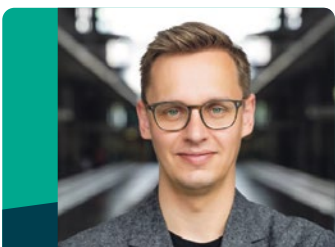


In der Fraktion verantwortet er die Bereiche Energie und Betriebe. In den vergangenen Jahren war er Geschäftsführer von Special Olympics Berlin und des Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbandes Berlin.

Jetzt arbeitet er in den Ausschüssen für Wirtschaft, Energie und Betriebe, im Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung und im Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling.

Philipp Bertram wohnt in Pankow. Deshalb übernahm er auch gerne das Wahlkreisbüro von Katrin Seidel. Nun gibt es dort die Möglichkeit mit ihm ins Gespräch zu kommen. Außerdem führt er die kostenlose Erstberatung für Miet- und Sozialrecht mit Rechtsanwalt Kay Füblein fort. Näheres gibt es zukünftig hier in der extraDrei oder unter www.philipp-bertram.org

Clara Berg



Sprechstunde

mit Philipp Bertram

Di, 3.3.2026, 12-13 Uhr

im Wahlkreisbüro
Wisbyer Straße 37

Anmeldung erforderlich:
wahlkreisbuero@linke@posteo.de

www.philipp-bertram.org

Die Linke hilft

Was tun! Sozialberatung zur politischen Praxis machen als Linke!

Als CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann im Herbst 2025 Milliardenersparnisse durch die Bürgergeld-Reform versprach, klang das nach harter Sanierungspolitik und fiskalischer Vernunft. „Viele Milliarden“ machten Schlagzeilen, begleitet von der Botschaft, endlich werde „Leistung wieder belohnt“. Heute zeigt sich jedoch: Von den groß angekündigten Summen bleibt kaum etwas. Laut Haushaltsentwurf von Arbeitsministerin Bärbel Bas spart der Staat 2026 und 2027 nur 86 bzw. 69 Millionen Euro – Beträge, die im Bundeshaushalt von über 500 Milliarden kaum sichtbar sind.

Die Reform war keine echte Konsolidierung, sondern Symbolpolitik: weniger Sparen, mehr Kontrolle und Disziplinierung. Das Muster ist bekannt. Wer soziale Sicherung schwächt, erzeugt Druck auf Beschäftigte. Angst vor Abstieg zwingt Menschen, jeden Job anzunehmen, selbst bei schlechter Bezahlung oder unsicheren Bedingungen. So verschiebt sich das Machtverhältnis: Kapital gewinnt, Beschäftigte verlieren. Diese Politik verkauft soziale Unsicherheit

als Modernisierung. Das unausgesprochene Credo lautet: „Selbst schuld, wenn du arbeitslos bist.“ Dabei ist das nicht nur sozial kalt, sondern ökonomisch kurzsichtig. In stagnierender Wirtschaft kann Jobverlust jeden treffen, auch jene, die jahrelang Beiträge gezahlt haben. Laut Arbeitsagentur-Chefin Andrea Nahles ist die Chance, nach Jobverlust wieder Arbeit zu finden, so gering wie selten. Der Verlust zehntausender Industriearbeitsplätze seit 2019 verschärft die Lage. Gleichzeitig wächst das Heer der „Working Poor“, also von Menschen, die trotz Vollzeitarbeit kaum leben können.

Doch statt gegenzusteuern, setzt die Regierung auf alte neoliberale Rezepte: Steuersenkungen für Unternehmen, Druck für Bedürftige. Empirisch belegt ist deren Nutzen nie, denn nur kurzfristig steigen die Gewinne, langfristig leiden soziale und wirtschaftliche Stabilität. Als Linke stellen wir uns



dieser Entwicklung entschieden entgegen. Wir wollen nicht nur im Bundestag für soziale Gerechtigkeit sprechen, sondern ganz konkret vor Ort handeln. Unsere Aufgabe ist es, Anlaufstelle für all jene zu sein, die Unterstützung brauchen, ob bei zu hohen Mieten, bürokratischen Hürden im Jobcenter oder Problemen im Alltag.

Politik darf sich nicht in Talkshows oder Parlamentsreden erschöpfen. Sie muss erlebbar werden, in unserem Bezirk, in unseren Kiezen, im direkten Kontakt mit den Menschen. Nur so entsteht Vertrauen, nur so wird Solidarität lebendig.

Charly Roffalski,

Bundesarbeitsgemeinschaft „Die Linke Hilft“

Aus dem Bundestag

Paketboten am Limit

Für die rund 135.000 Paketzustellerinnen und Paketzusteller in Deutschland war die hinter uns liegende Weihnachtszeit die härteste Zeit des Jahres. Aber nicht nur in dieser Zeit liefert ein Zusteller am Tag bis zu 300 Sendungen aus, und einzelne Lieferungen können bis zu 70 Kilogramm wiegen. Entsprechend hoch ist das Risiko von Überlastung und Verletzungen.

Zugleich ist die Branche von intransparenten Subunternehmerketten durchzogen. Der Anteil am Personal, das zwar im Namen der großen Paketunternehmen unterwegs, aber gar nicht direkt bei diesen angestellt ist, liegt häufig bei über 50 Prozent, teils sogar bei

bis zu 100 Prozent. Illegale Praktiken sind hier an der Tagesordnung. Nicht selten wird dabei Lohn vorenthalten. Selbst der Mindestlohn wird häufig unterlaufen, und auch der Arbeitsschutz wird oftmals ignoriert.

Deshalb setze ich mich schon lange mit meiner Fraktion Die Linke im Bundestag dafür ein, Paketzustellerinnen und Paketzusteller besser zu schützen: Subunternehmerstrukturen müssen bei der Zustellung endlich verboten werden. Nur so können hier Kontrollen überhaupt greifen und Arbeitsrechte durchgesetzt werden. In der Fleischindustrie ist es so bereits gelungen, den in Teilen

mafiosen Praktiken in Subunternehmerketten das Handwerk zu legen.

Klar ist auch: Es muss endlich festgeschrieben werden, dass Pakete über 20 Kilogramm nur noch von zwei Personen zugestellt werden dürfen, statt wie bisher häufig allein von einer Person. Denn nur so kann verhindert werden, dass die Paketzustellung weiter zu Lasten der Gesundheit der Paketzustellerinnen und Paketzusteller geht.

Pascal Meiser,
Mitglied des Deutschen Bundestages



Wir streiten für Gerechtigkeit

Dieses Jahr wird für die Pankower Linke besonders: Nach unserem Mitgliederboom und dem sehr guten Ergebnis bei der Bundestagswahl im letzten Februar sind wir so gut aufgestellt wie seit langem nicht mehr. Pankowerinnen und Pankower haben neues Vertrauen in Die Linke gesetzt. Jetzt geht es darum, diesen Vertrauensvorschuss zurückzuzahlen. Für diese große Aufgabe haben wir am 17. Januar die Grundlage gelegt. Auf der Hauptversammlung (unserem Bezirksparteitag) wählten wir nicht nur unsere neue Parteispitze, sondern verabschiedeten auch unsere Wahlziele und unser Wahlprogramm ohne Gegenstimmen.

Im Mittelpunkt unseres Wahlprogramms steht ein gerechter Bezirk, der für alle funktioniert. Unter sehr schwierigen finanziellen Umständen bieten wir realistische Ansätze, um dieses Ziel zu erreichen. Für uns stehen der Kampf gegen den Mietenwahnsinn, der Erhalt der sozialen Infrastruktur und das Funktionieren des Bezirkes im Mittelpunkt unseres Programms. Der Kampf für die offene Gesellschaft und gegen rechte Umtriebe kann nur dann auf Dauer erfolgreich sein, wenn wir die Voraussetzungen für ein sicheres Leben ermöglichen. Der Erhalt der Jugendhilfe, die barrierefreie Bildungseinrichtung oder die Stärkung des Umweltverbundes im Verkehr – auf allen Themenfeldern wollen wir das Gemeinsame und Verbindende stärken und uns für



Gerechtigkeit für alle Pankowerinnen und Pankower einsetzen. Egal woher sie kommen, wen sie lieben oder woran sie glauben.

Wir wollen stärkste Kraft werden, nicht nur in der Bezirksverordnetenversammlung, sondern auch die größte Pankower Gruppe im Abgeordnetenhaus stellen. Wir treten an, um zu gewinnen. Wir werden so viele Direktwahlkreise wie möglich erringen und wollen den Bezirksbürgermeister stellen. Denn wir wollen am Alex und in der Breiten Straße echte Rote Rathäuser.

Dieses große Ziel erreichen wir vor allem durch Haustürwahlkampf. So können wir den Pankowerinnen und Pankowern näher sein als alle anderen Parteien und mit ihnen in einen Dialog treten. Wir besuchen die Menschen nicht in ihren Kiezen, sondern wir wohnen dort selbst, teilen die Sorgen über fehlende Busse, steigende Mieten oder Ausgrenzungen. Wir können sowohl im S-Bahn-Ring als auch außerhalb Menschen für unsere gerechte

Politik begeistern und nur wir Linke sind sowohl in Plattenbaukiezen als auch in Gründerzeitvierteln erfolgreich. Wir können Milieus verbinden, die sich sonst nichts zu sagen haben. Wir verbinden, wo andere trennen.

Für die Organisation des Wahlkampfes und als politische Leitung haben wir einen neuen Bezirksvorstand gewählt. Enja Springob und Jonas Teune wurden erneut als Vorsitzende gewählt, Katja Rom und Niklas Inan ihre Stellvertretung. Insgesamt haben wir den Vorstand auf 22 Mitglieder vergrößert, um unsere Arbeitsfähigkeit zu erhöhen. Besonders wichtig ist, dass vier Mitglieder des Bezirksvorstandes innerhalb des letzten Jahres eingetreten sind und so einen frischen Blick auf unsere Partei mitbringen. Wir haben ein super Team und freuen uns auf die nächsten zwei Jahre.

Enja Springob,
Bezirksvorsitzende

+++ Aus dem Abgeordnetenhaus +++ Aus dem Abgeordnetenhaus +++

Bevölkerungsschutz muss sozial und inklusiv sein!

Der Anschlag auf die Stromversorgung in Steglitz-Zehlendorf hat gezeigt: Die Informations- und Hilfestrukturen in solch einem Fall sind trotz des großen Einsatzes vieler Hilfskräfte unzureichend, insbesondere in Bezug auf vulnerable Gruppen wie Ältere, Kranke, Pflegebedürftige oder Menschen in prekären sozialen Verhältnissen. Wir

wollen es nicht hinnehmen, dass Menschen von Informationen abgeschnitten sind oder Pflegeheime evakuiert werden müssen. Die sozialen Folgen einer solchen Großschadenslage müssen abgedeckt werden. Deshalb haben wir als Linksfraktion einen Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Im Mittelpunkt stehen für uns die Betroffenen. Denn beim Bevölkerungsschutz muss an alle gedacht werden, ein funktionierender

Bevölkerungsschutz muss sozial und inklusiv sein. Die Forderungen umfassen unter anderem einen Notfallfonds für Betroffene mit bis zu 250 Euro Soforthilfe für Zusatzkosten wie Heizung, Strom, Fahrten oder Notanschaffungen, Mietminderungen für Haushalte ohne Heizung, mehr aufsuchende Unterstützung und Information von Betroffenen und eine zuverlässige Ausstattung von Pflegeeinrichtungen mit

Notstromaggregaten. Für die Notunterbringung soll das Land Berlin auch freie Hotelplätze beschlagnahmen können. Auch bei der privaten Beschaffung von empfohlenen Vorräten und Ausstattung zur Katastrophenvorsorge muss an alle gedacht werden: Bislang ist dafür nichts in den Regelsätzen von Sozialleistungen enthalten. Das muss sich ändern!

Niklas Schrader,
Linksfraktion Berlin

Termine

11. Februar, 17.30 Uhr • Du bist neu in der Partei und weißt noch nicht wohin? Du möchtest politisch aktiv werden, weißt aber noch nicht wo? Dann komm zu unserem landesweiten Neumitgliedertreffen ins Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

12. Februar und 5. März, 19 Uhr • Neumitgliedertreffen Die Linke Pankow, die Bezirkspartei kennenlernen und erfahren, wie man in der Partei aktiv werden kann; Linke Spitze (Wisbyer Straße 37)

20. Februar, 16.30 Uhr bis 18 Uhr • Netzwerktreffen Alleinerziehende, wir tauschen uns aus, vernetzen uns und unterstützen uns gegenseitig, Kinder sind herzlich willkommen; Linke Spitze (Wisbyer Straße 37) oder online (für Anmeldung kurze Mail an maxi.haeber@die-linke-pankow.de)

28. Februar, 12 Uhr • Heizkostenaktionstag Die Linke Pankow, wir wollen die Pankower*innen in Haustüraktionen über unseren Heizkostencheck informieren; Linke Spitze (Wisbyer Straße 37)

Weitere Termine gibt es hier: www.die-linke-pankow.de/termine



Sprechstunde
mit Elke Breitenbach

Mi, 18.2.2026, 16-18 Uhr
Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin
Anmeldung erforderlich

www.elke-breitenbach.berlin



Sprechstunde
mit Pascal Meiser, MdB

Di, 10.3.2026, 16-18 Uhr
Wahlkreisbüro
Zeughofstraße 22, 10997 Berlin
Anmeldung erforderlich:
pascal.meiser.wk@bundestag.de
oder 030 – 6950 7924

www.pascal-meiser.de

Wiedereinführung des Wehrdienst: Nichts aus der Vergangenheit gelernt!

Am 5. Dezember 2025 hat die schwarz-rote Regierung im Bundestag das „Wehrpflicht-Moderisierungsgesetz“ verabschiedet und damit ab dem 1. Januar 2026 den Wehrdienst wieder eingesetzt. Das Problematische an diesem Vorgehen ist, dass die Betroffenen komplett beim Prozess der Entscheidungsfindung – mal wieder – unter den Tisch gefallen sind. Das ist aber ein altbekanntes Muster, für welches wir die deutsche Gesetzgebung schon in der Vergangenheit kritisiert haben. Zumeist wird in irgendwelchen Gremien und Ausschüssen über die Köpfe der Betroffenen hinweg regiert. Wenn man aber die Betroffenen dieses Wehrdienstes fragt, zeigt sich, dass ein großer Teil dieser den Wehrdienst ablehnt. So streikten zum Beispiel 50.000 Schüler*innen am 5.12.2026 gegen den Wehrdienst. Aber wer sind diese Betroffenen des Wehrdienstes?

Laut Gesetz gelten alle Jahrgänge, die 2025 oder später 18 Jahre alt werden, als vom Wehrdienst betroffen. Das sind Schüler*innen, Auszubildende und Studierende, die mit ihrem Leben anderes vorhaben, als im schlimmsten Fall an einer Front für den Idealismus anderer sterben zu müssen. Diese jungen Menschen verlassen sich



auf uns als Gesellschaft, dass wir jetzt die Initiative ergreifen und wirkliche friedensorientierte Politik von Links statt eines Kriegsdienstes umsetzen.

Wir als Linkspartei sagen ganz klar darüber hinaus: Wir sind gegen jede Form von Zwangsdiensten. Zum einen, weil derartige Zwangsdienste, wie beispielsweise ein Zivildienst, für eine arbeitgebende Person kaum einen Anlass geben, die realen Arbeitsbedingungen für echte Mitarbeitende zu verbessern, wenn sie immer auf preiswertere Zwangsarbeit zurückgreifen kann. Zum anderen kommt es auch zur Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der Betroffenen. Die wenigsten Jugendlichen wachsen mit dem Traum auf, einmal im Ernstfall

für Deutschland töten und sterben zu wollen. Denn genau auf diesen Ernstfall arbeiten wir mit einem Kriegsdienst hin. Historisch gesehen war es stets die Aufrüstung, mit welcher eine Militarisierung der Zivilgesellschaft einherging. Eine solche Aufrüstung führt immer zu der Aufrüstung anderer Staaten und damit zu einem sinnlosen Wettrennen. Ein gutes Beispiel ist das letzte Jahrhundert, in welchem mehr Menschen in Kriegen gestorben sind als in allen zuvor. Die Menschheit hat damals mehrfach in den Abgrund der absoluten Vernichtung gesehen und es ist vollkommener Wahnsinn, diesen Weg erneut gehen zu wollen.

Joschua Giese,
Schüler, Linksjugend [solid] Pankow

Impressum

Herausgeber:
Die Linke Pankow
Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
Tel.: 030 – 44 01 77 80
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.:
Jonas Teune

Redaktionsschluss:
29. Januar 2026

Satz+Druck:
MegaDruck.de

Auflage: 10.000 Expl

Die **nächste Ausgabe** erscheint am 13. März 2026.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Seite 2, oben: Olaf Krostitz; Seite 4, oben: photocase; Karikatur: Markus Wende

Die extraDrei braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin
IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
BIC: DEUTDE33HAN
Bank: Berliner Bank
Verwendungszweck: 505 - 810

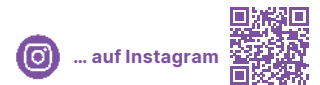
Kontakt



Linke Spitze

Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
(Tram M2, M13, 12 oder Bus 156, 158)

Tel.: 030 – 44 01 77 80
info@die-linke-pankow.de



**Die Linke
hilft!**

Kostenlose
Erstberatung
in Sozial-
und Mietrecht

immer donnerstags, Wisbyer Str. 37, 13189 Berlin

Sozial- und Mietrechtsberatung mit Rechtsanwalt Kay Füblein

1. und 3. Donnerstag im Monat, 16-17.30 Uhr
Termine: wahlkreisbuero.linke@posteo.de

Mietrechtsberatung mit Rechtsanwältin Carola Handweg

2. und 4. Donnerstag im Monat, 17-19 Uhr
Termine: die-linke-hilft@die-linke-pankow.de oder 030 – 4401 7780

